



Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

GlaxoSmithKline GmbH & Co. KG  
Unter den Linden 36  
10117 Berlin

T

28. Mai 2024

### **Bitte um Unterstützung im Rahmen der parlamentarischen Beratung zum Medizinforschungsgesetz (MFG)**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

Im Dezember 2023 hat das Bundeskabinett die Pharmastrategie verabschiedet, deren Eckpunkte im Januar im Medizinforschungsgesetz (MFG) eingebracht wurden. Mit dem MFG soll der Standort Deutschland für die Pharmazeutische Industrie im Bereich der Forschung und Produktion wieder attraktiver werden. In der kommenden Woche beginnt der parlamentarische Prozess mit den entsprechenden Beratungen, deswegen wenden wir uns mit der Bitte um Unterstützung an Sie.

Als globales Biopharma-Unternehmen sind wir nicht nur an unseren Produktionsstandorten in Marburg und Dresden vertreten und produzieren Impfstoffe, sondern auch mit unserer Forschungs- und Entwicklungseinrichtung Cellzome in Heidelberg. Wir haben ein führendes Portfolio von Impfstoffen und Medikamenten für die Spezial- und Allgemeinmedizin.

Für Unternehmen sind verlässliche Rahmenbedingungen für weitere Investitionen in den Pharmastandort Deutschland von besonderer Bedeutung, deshalb begrüßen wir die Stoßrichtung der Gesetzesinitiative sehr. Die geplanten Maßnahmen reichen jedoch nicht, um Deutschland wieder an die Spitze zu bringen.

Das liegt in erster Linie daran, dass die geplanten Verbesserungen für den Studien- und Pharmastandort Deutschland ihre volle Wirkung nur in Kombination mit innovationsfreundlichen Erstattungsbedingungen entfalten können. Mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) und der damit verbundenen Einführung der sog. AMNOG-Leitplanken und des Kombinationsabschlags wurden jedoch Elemente eingeführt, die Arzneimittelinnovationen nicht mehr als solche honorieren. Es ist aus unserer Sicht notwendig, diese diesem übergeordneten Ziel entgegenstehenden Regelungen des GKV-FinStG noch im Rahmen des MFG zügig zu korrigieren, bevor weitere auch mittel- und langfristig wirkende Schäden in der Versorgung und am Standort entstehen.

Eine Evaluation des im Herbst 2022 verabschiedeten GKV-FinStG zeigte beispielsweise, dass in den kommenden zwei Jahren 30 Arzneimittel verzögert oder absehbar gar nicht in Deutschland eingeführt, zur Zulassung gebracht oder aus dem Markt genommen werden.<sup>1</sup> Folglich werden mittel- und langfristig Studien und Investitionen zur Entwicklung innovativer Therapien unterbleiben. Dies bremst nicht nur die Pharmastrategie der Bundesregierung aus, sondern hat auch gravierend negative Auswirkungen auf die Patientenversorgung. Es ist folglich notwendig, dass die innovationsfeindlichen Elemente des GKV-FinStG zurückgeführt oder zumindest abgemildert werden. Das Medizinforschungsgesetz bietet hierfür die letzte Gelegenheit in dieser Legislatur.

Es kommt jetzt drauf an, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den deutschen Pharmastandort wieder auf Spitzenniveau zu bringen und die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit innovativen Arzneimitteln sicherzustellen. Wir bitten Sie deshalb um Ihre Unterstützung.

Gerne würden wir die Gelegenheit nutzen und diese gesamte Thematik mit Ihnen persönlich zu besprechen und bitten um einen Termin.  
Mit freundlichen Grüßen

GlaxoSmithKline GmbH & Co. KG

i.V. [REDACTED]

i.V. [REDACTED]  
Head of Government Affairs

#### **Anlage**

- Stellungnahme des Verbands forschender Arzneimittelhersteller e. V. (vfa) zum Regierungsentwurf für ein Medizinforschungsgesetz (MFG)
- Evaluation der Auswirkungen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes auf die Versorgung und den Wirtschaftsstandort

---

<sup>1</sup> Verband forschender Arzneimittelhersteller e. V.: Evaluation der Auswirkungen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes auf die Versorgung und den Wirtschaftsstandort **zuletzt geprüft am 28.05.2024**